

STADT VELBERT

NIEDERSCHRIFT

über die **Sitzung des Rates**
am **Dienstag, dem 17.09.2019.**

(41. Sitzung)

Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr

Sitzungsende: 19:30 Uhr

Sitzungsort: Saal Velbert, Rathaus, Thomasstraße 1, 42551 Velbert

Unter Vorsitz des Bürgermeisters Herrn Lukrafka sind anwesend:

a) die Ratsmitglieder:

Herr Alfermann
Frau Ammann
Herr Arshad
Herr Auer
Herr aus dem Siepen
Frau Becker
Herr Dr. Beckröge
Herr Dr. Bender
Herr Bicerik
Herr Bolz
Herr Cleve
Frau Dabrock-Kalb
Herr Demircan
Frau Djuric
Herr Frank Engel
Herr Holger Engel
Herr Fülling
Herr Harry Gohr
Herr Matthias Gohr
Herr Greco
Herr Güther
Frau Haase
Frau Hagling
Herr Hilgers
Herr Hübinger
Frau Dr. Kanschat
Herr Kitzrow
Frau Koch
Herr Hans Küppers
Herr Thomas Küppers

bis 18:15 Uhr (TOP 2)

Herr Küppersbusch
Frau Liebig
Herr Ludwig
Herr Martin
Frau Meulenkamp
Herr Münchow
Herr Mundt
Herr Otterbeck
Herr Ratajczak
Herr Rodax
Herr Röhr
Frau Rolf
Frau Rotert
Herr Schäfer
Herr Schaubbruch
Herr Schmidt
Herr Hermann-Josef Schmitz
Herr Klaus Schmitz
Herr Karsten Schneider
Herr Schwarz
Herr Tonscheid
Herr Weise
Herr Wilke
Herr Zöllner

bis 18:45 Uhr (TOP 2)

ab 17:20 Uhr (TOP 2)

es fehlen entschuldigt:

Herr Hofmann
Herr Oentrich
Herr Piechotta
Herr Schiweck
Herr Hans-Dieter Schneider
Frau Schween
Herr Stiegelmeier
Frau Tassioula

b) von der Verwaltung:

Herr I. Beigeordneter Böll
Herr Beigeordneter Ostermann
Herr Bredtmann
Herr Blißenbach
Herr Frege
Herr Keller
Herr Lindemann, Vorstand TBV AöR
Frau Möller
Herr Osterhoff
Herr Peitz, Stadtkämmerer

c) von der Presse im öffentlichen Teil:

drei Vertreter

d) als Schriftführer:

Herr Welte

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung um 17:02 Uhr, er begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

Dem Vorschlag des Bürgermeisters, die Tagesordnung um nachfolgend aufgeführte Tagesordnungspunkte zu erweitern, stimmt der Rat einmütig zu:

- TOP 2.33; Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Verkehrsentwicklungsplan; Vorlage 357/2019
- TOP 2.34; Antrag der SPD-Fraktion, Integriertes Energie- und Klimakonzept der Stadt Velbert, Vorlage 366/2019
- TOP 5; Neuwahlen zu den Ausschüssen, Vorlage 374/2019

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass die nachträglich veröffentlichten Vorlagen sowohl im Internet einsehbar seien, als auch als Tischvorlagen vorliegen würden.

Weiter macht der Bürgermeister darauf aufmerksam, dass ein gemeinsamer Antrag der im Rat der Stadt Velbert vertretenen Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke, FDP, UVB und Piraten Partei in Sachen Klimaschutz vor Sitzungsbeginn an die Ratsmitglieder verteilt worden sei und der Vorschlag der Verwaltung in Form einer Matrix die unter TOP 2.1 ff. vorliegenden Anträge zunächst an die entsprechenden vorbereitenden Fachausschüsse zu verweisen, ebenfalls vorliegen würde.

Die Frage, ob von der Sitzung auch Bild- bzw. Filmaufnahmen getätigt werden dürften, wird verneint, da sich nicht alle Ratsmitglieder dafür ausgesprochen haben.

Da keine weiteren Änderungswünsche hinsichtlich der Tagesordnung geäußert werden, genehmigt der Rat folgende **Tagesordnung**:

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Anfragen
2. Integriertes Energie- und Klimakonzept der Stadt Velbert
- 2.1 Integriertes Energie- und Klimakonzept der Stadt Velbert
- 2.2 Antrag der SPD-Fraktion
Klimaschutz; Sondersitzung des Rates
- 2.3 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Klimanotstand
- 2.4 Antrag der Fraktion Piraten Partei
Unterstützung der Resolution zur Ausrufung des Klimanotstands
- 2.5 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Erstellung eines Hitzeaktionsplans für die Stadt Velbert
- 2.6 Antrag der FDP-Fraktion
Klima- und Generationenrelevanz von Beschlüssen des Rates und seiner Ausschüsse
- 2.7 Antrag der CDU-Fraktion
Resolution und Antrag des Rates der Stadt Velbert
„Klima- und Umweltschutz im Mittelpunkt unseres politischen Handelns“
- 2.8 Antrag der Fraktion Velbert anders
Statusbericht des Energie und Klimaschutzkonzeptes

- 2.9 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Maßnahmen gegen das Artensterben und für den Insektenschutz bei der Flächen- und Gartenbewirtschaftung
- 2.10 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Ersatzpflanzungen
- 2.11 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Mehr "Wildniswald" für Velbert
- 2.12 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Patenschaften für sog. Baumscheiben/öffentliche Bepflanzungen
- 2.13 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Baumpflanzungen Moltkeplatz und Platz an der Hohenzollernstraße
- 2.14 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Baumschutzsatzung
- 2.15 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Dachbegrünung bei Neubauten
- 2.16 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kosten-Nutzenrechnung der Forstbewirtschaftung
- 2.17 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
European Energy Award; Teilnahme durch die Stadt Velbert
- 2.18 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Klimakarte
- 2.19 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kommunale Energiewende
- 2.20 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kommunale Mobilität
- 2.21 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Radverkehr frei in Einbahnstraßen
- 2.22 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Einführung von 30km/h als Höchstgeschwindigkeit im Stadtgebiet
- 2.23 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Einführung von Trinkwassereinrichtungen
- 2.24 Antrag der Fraktion Die Linke
Hitzerobuste Baumarten in Velbert ansiedeln
- 2.25 Antrag der Fraktion Die Linke
Hitzestaugefahr in Velbert-Mitte
- 2.26 Antrag der Fraktion Die Linke
Bessere Taktung im ÖPNV
- 2.27 Antrag der Fraktion Die Linke
Kostenloser ÖPNV im Velberter Stadtgebiet
- 2.28 Antrag der Fraktion Die Linke
Sorgsame Flächennutzung bei Neubebauungen
- 2.29 Antrag der Fraktion Die Linke
Ablehnung des neuen Regionalplanes
- 2.30 Antrag der Fraktion Die Linke
CO2-Bilanz in Velbert: Bericht über Treibhausgasemissionen
- 2.31 Antrag der Fraktion Die Linke
Städtische Fördermittel für E-Bikes
- 2.32 Antrag der Fraktion Die Linke
Grünflächen in Velbert erhöhen
- 2.33 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Verkehrsentwicklungsplan
- 2.34 Antrag der SPD-Fraktion
Integriertes Energie- und Klimakonzept der Stadt Velbert
- 3. Antrag der Fraktion Piraten Partei
Stromlieferverträge

4. Antrag der Fraktion Piraten Partei
Aufnahme des permanenten Tagesordnungspunktes "Klimaschutz"
5. Neuwahlen zu den Ausschüssen

Die Beratung der vorstehenden Tagesordnungspunkte führt zu folgenden **Ergebnissen:**

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Anfragen

Anfragen liegen nicht vor.

2. Integriertes Energie- und Klimakonzept der Stadt Velbert

Der Bürgermeister führt in die Thematik ein und zeigt die Dringlichkeit und Notwendigkeit der Durchführung dieser Sondersitzung und einen Handlungsbedarf in Sachen Klimaschutz auf.

Vor Eintritt in die Beratung erteilt der Bürgermeister Frau Möller, Abteilungsleiterin des Planungsamtes, und Herrn Osterhoff, dem Klimaschutzmanager, das Wort mit der Bitte, einen aktuellen Sachstandbericht zu geben.

Frau Möller zeigt die Historie auf und führt aus, dass das integrierte Klima- und Energiekonzept zwischen 2013 und 2015 erstellt worden sei. Es sei im Rahmen der kommunalen Richtlinie / nationaler Klimaschutzinitiative gefördert worden. Das Konzept sei vom Rat der Stadt Velbert gegen Ende 2015 beschlossen worden. Dieses Konzept enthalte 5 Handlungsfelder und 40 Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung.

Schwerpunkte dabei sind

- a) der effiziente Umgang mit und die Einsparung von Energie,
- b) der Einsatz von erneuerbaren Energien und
- c) die Verbesserung der Lebensqualität.

Als Ziel sei, eine Treibhausgas-Reduktion um 30 % bis 2030 und um 85 % bis 2050 zu erreichen, vorgesehen. Auch die Reduktion des Energieverbrauchs um 15 % bis 2030 und 40 % bis 2050 sei angestrebt.

Als weiteres Ziel war auch die Errichtung einer Stelle für die Umsetzung des Konzeptes (Klimaschutzmanagement) vorgesehen gewesen. Den Zuwendungsbescheid für die Förderung des Klimaschutzmanagements im Rahmen der kommunalen Richtlinie habe die Verwaltung gegen Ende August 2016 erhalten; mit einer Förderquote von 91 %. Der Klimaschutzmanager ist zum 01.10.2016 mit einer Projektlaufzeit von 36 Monaten eingestellt worden.

Zum Klimaschutzmanager führt Frau Möller aus, dass dieser die zentrale Anlauf- und Koordinationsstelle für weitere Maßnahmen und Projekte sei, er zuständig für die Koordination und Umsetzung des integrierten Klima- und Energiekonzeptes und für die Beratung, Information, Vernetzung und Unterstützung der diversen Akteure verantwortlich sei.

Zu den weiteren Aufgaben des Klimaschutzmanagers gehöre die entsprechende Öffentlichkeitsarbeit.

Hieran anschließend gibt Herr Osterhoff einen sehr umfangreichen Sachstandsbericht und beschreibt dabei detailliert die Maßnahmen, die die Stadt Velbert in den vergangenen Jahren im Rahmen des Energie- und Klimaschutzkonzeptes bereits angegangen bzw. umgesetzt habe.

Bei seinen Ausführungen geht Herr Osterhoff auf folgende Handlungsfelder explizit ein und gibt jeweils einen aktuellen Zwischenstandsbericht:

1. Öffentlichkeitsarbeit und Klimabildung
 - Maßnahme 1.1: es passiert was in Velbert-gute Beispiele öffentlich machen
 - Maßnahme 1.2: Info-Kampagne mit wechselnden Themen
 - Maßnahme 1.3: zielgruppenspezifische Beratungsleistungen
 - Maßnahme 1.4: Klima- bzw. Umwelt-Tag
 - Maßnahme 1.5: Begrünungsinitiative Innenstädte
 - Maßnahme 1.6: Bewerbung der Verwendung von Holz in allen Lebensbereichen
 - Maßnahme 1.7: jährliche Teilnahme an Aktionen zur Förderung des Radverkehrs
 - Maßnahme 1.8: Gründungsnetzwerk Klimaverantwortliche an Schulen und Kitas
 - Maßnahme 1.9: Kita- und Schulprojekte zum Klimaschutz / zur Energieeinsparung
 - Maßnahme 1.10: Unterrichtsmaterialien zum Klimaschutz
 - Maßnahme 1.11: Haus-zu-Haus-Energieberatung
2. Mobilität
 - Maßnahme 2.1: Erstellung eines Radwegekonzeptes
 - Maßnahme 2.2: Verleihstation für Zweiräder
 - Maßnahme 2.3: Car-Sharing
 - Maßnahme 2.4: Klimafreundlicher Schriftverkehr
 - Maßnahme 2.5: Aufbau eines öffentlichen Tankstellennetzes für E-Fahrzeuge
3. Wirtschaft
 - Maßnahme 3.1: Energieeffizienznetzwerke für Unternehmen
 - Maßnahme 3.2: Vermittlung von Energieberatern
 - Maßnahme 3.3: Photovoltaik auf Gewerbeflächen
 - Maßnahme 3.4: Mobilitätsmanagement für Betriebe
 - Maßnahme 3.5: Klimafreundliches Gewerbegebiet Langenberger Straße
4. Stadtverwaltung
 - Maßnahme 4.1: Teilnahme an Ökoproofit
 - Maßnahme 4.2: Klimafreundliche Verwaltung
 - Maßnahme 4.3: Energieverbrauchsminderung in der Straßenbeleuchtung
 - Maßnahme 4.4: Interkommunale Zusammenarbeit im Klimaschutz
 - Maßnahme 4.5: Liegenschaften prüfen auf Photovoltaik-/Solarthermie-Eignung
 - Maßnahme 4.6: Untersuchung Verbundpotenzial kommunale Liegenschaften
5. Klimaanpassung und klimagerechte Stadtentwicklung
 - Maßnahme 5.1: Stadtklimaanalyse
 - Maßnahme 5.2: stark Regenanalyse
 - Maßnahme 5.3: Gewährleistung der Klimaverträglichkeit bei neuen Planungen
 - Maßnahme 5.4: Erhaltung und Vernetzung klimawirksamer Freiflächen
 - Maßnahme 5.5: Baumpflanzungen als Begrünungsmaßnahmen in Innenstädten
 - Maßnahme 5.6: Flächenentsiegelung auf privaten Flächen
 - Maßnahme 5.7: Flächenabkopplung im Bestand statt Kanalnetz-Erweiterung
 - Maßnahme 5.8: Kühlungsmaßnahmen für Innenstädte
 - Maßnahme 5.9: Umsetzung der Hochwassermanagementpläne
 - Maßnahme 5.10: Vorsorge gegen Erosionsschäden auf landwirtschaftlichen Flächen
 - Maßnahme 5.11: Freilegung verrohrter Gewässer
 - Maßnahme 5.12: Energetische Stadtsanierung
 - Maßnahme 5.13: Klimafreundliches Modellquartier

Abschließend fasst Herr Osterhoff nochmals zusammen, dass sich aktuell 30 von den insgesamt 40 Maßnahmen in konkreter Bearbeitung befinden würden und davon 75 % in der Umsetzung. Die restlichen 10 Maßnahmen befänden sich derzeit in der Bearbeitung und davon sei bei 25 % mit der Umsetzung begonnen worden. Von der Projektlaufzeit von insgesamt 36 Monaten seien bisher 28 Monate in Anspruch genommen worden, folglich stünden 8 Monate noch zur Verfügung.

2.1 Integriertes Energie- und Klimakonzept der Stadt Velbert

Vorlage: 310/2019

Aus der inhaltlichen Diskussion und über die Klärung der Vorgehensweise hinsichtlich der weiteren Tagesordnungspunkte bleibt folgendes festzuhalten:

- Die Bedenken der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu diversen Einzelpunkten hinsichtlich des Vortrages des Klimaschutzmanagers wird seitens der CDU-Fraktion zurückgewiesen.
Es wird eingeräumt, dass es sicherlich in Sachen Klimaschutz noch weitere Betätigungsfelder gebe und man definitiv mehr machen müsse. Wichtig sei, dass es vorwärts gehe.
- Der Bürgermeister stellt klar, dass Herr Osterhoff nicht als einzige Person in Sachen Klimaschutz arbeiten würde, sondern alle Mitarbeiter der Stadt und der Gesellschaften sich dafür einsetzen, den Klimaschutz umzusetzen.
- Seitens der SPD-Fraktion wird der gemeinsame vorliegende Antrag als Signal an die Verwaltung bewertet.
Man müsse den Klimaschutz wichtig nehmen. Man solle hier und heute nicht die einzelnen Anträge explizit diskutieren, sondern einen Paradigmenwechsel, der gegebenenfalls auch unwirtschaftlich sei, entsprechend auf den Weg geben.
Die SPD-Fraktion vermisst seitens des Landes NRW und auch des Bundes eine entsprechende Unterstützung in der Sache.
Der Rat sei lediglich das letzte Glied in der Kette. Die Menschen hätten Angst vor den Klimaveränderungen.
- Die Fraktion Die Linke führt aus, dass der Klimaschutz nicht einfach sei und ständig weiter entwickelt werden müsse. Die heutige Sondersitzung sei wichtig, um den ersten Schritt in die richtige Richtung zu machen. Der gemeinsame Antrag wäre der besagte erste Schritt in die richtige Richtung.
Weiter plädiert die Fraktion Die Linke dafür, den Bürger mit einzubeziehen. Es wird sich dafür ausgesprochen, dass die Windkraft ebenso weiterentwickelt und der Flächenfraß gestoppt werden müsse. Beim Wohnungsbau müsse man beginnen, in die Höhe zu bauen. Ein entsprechendes Umdenken müsse stattfinden.
Auch für die Mobilität müsse mehr getan werden. Der Verkehr sei in den letzten Jahren stark angestiegen, der ÖPNV hätte stark gelitten. Es wird angeregt, die Bürger dahingehend im ÖPNV zu entlasten, dass gegebenenfalls kostenlose Angebote im Rahmen des ÖPNV den Bürgern zur Verfügung gestellt werden. Als Beispiel für die Einführung einer solchen Maßnahme wird auf die Stadt Monheim verwiesen.
- Seitens mehrerer Fraktionen wird im Verlauf der Beratung die Befürchtung geäußert, dass man sich in einer Klein-Klein-Diskussion aufreihen würde, obwohl man sich in der Fraktionsvorsitzendenbesprechung in der vergangenen Woche einmütig darauf verständigt habe, so in der Ratssitzung nicht zu verfahren..
Hier und heute gehe es vornehmlich darum, einen entsprechenden Paradigmenwechsel einzuleiten. In diesem Zusammenhang wird auf den gemeinsamen Antrag verwiesen.

- Während die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für die Abstimmung einzelner Tagesordnungspunkte in der heutigen Sitzung plädiert, unterbreitet der Bürgermeister den Vorschlag, diese zunächst in die entsprechenden Fachausschüsse zu verweisen und es wird diesbezüglich auf die zu Sitzungsbeginn verteilte Matrix „Verweisung der Anträge in die zuständigen Ausschüsse“ (Anlage 1) verwiesen.
- Auf die anhaltende Diskussion hinsichtlich der Behandlung der zahlreichen ausstehenden Tagesordnungspunkte stellt die Fraktion Velbert anders den Antrag, die einzelnen Themen zunächst in den Fachgremien beraten zu lassen. Die Fraktion Velbert anders warnt vor Aktionismus und fordert, den Sachverstand der vielen sachkundigen Bürger in den vorberatenden politischen Gremien nicht außen vorzulassen, bevor der Rat die abschließende Entscheidung in der Sache jeweils treffe.
Diesem **Antrag wird mit 47 Stimmen dafür, bei 5 Gegenstimmen** (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **und 1 Enthaltung** (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) **zugestimmt.**

Der Bürgermeister beendet daraufhin die Diskussion und stellt nachfolgend aufgeführten Beschluss zur Abstimmung.

Dieser Beschluss setzt sich aus Teilen des Beschlussvorschlages der Verwaltung sowie des gemeinsamen Antrages der im Rat der Stadt Velbert vertretenen Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke, FDP, UVB und Piraten Partei zusammen.

Dieser gemeinsame Antrag der im Rat der Stadt Velbert vertretenen Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke, FDP, UVB und Piraten Partei ist als Anlage 2 der Niederschrift beigelegt.

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Die Stadt Velbert erkennt den Klimaschutz und die Klimafolgenanpassung als Aufgaben von höchster Priorität an und setzt damit ein deutliches Zeichen, dass die bisherige erfolgreiche städtische Klimapolitik weiter umgesetzt und entwickelt werden muss. Zudem verpflichtet sie sich zu dem Ziel, wo immer möglich den Ausstoß von Treibhausgasen zu verringern oder zu vermeiden und Maßnahmen zur Anpassung an die bereits unvermeidlichen Folgen des Klimawandels zu treffen sowie laufend öffentlichkeitswirksam über kommunale Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Klimafolgenanpassung zu berichten.

Die bestehenden kommunalen Aktivitäten sind durch die Verabschiedung weiterer konkreter Maßnahmen zu stärken. Vor diesem Hintergrund wird beschlossen,

- das vorhandene integrierte Energie- und Klimakonzept unter Beteiligung der Öffentlichkeit fortzuschreiben und dem Rat zum Beschluss im IV. Quartal 2019 vorzulegen.
- einen Förderantrag für die Verlängerung der Förderung des Klimaschutzmanagements um zwei weitere Jahre im Rahmen der nationalen Klimaschutzinitiative zu stellen.
- das Personal für den Bereich Klima / Umwelt / Natur um eine Stelle aufzustocken.
- im Jahr 2020 eine neue Treibhausgasbilanzierung für das Stadtgebiet zu erstellen und diese in einem 5-jährigen Turnus fortzuführen.
- auf kommunale Neu- bzw. An- und Umbauten grundsätzlich Begrünungen und/oder Anlagen zur regenerativen Energiegewinnung zu errichten, soweit dies die baulichen Belange zulassen.

- bereits errichtete Gebäude bzw. Dächer auf die technische Eignung zur Nutzung der Erzeugung von Strom aus regenerativen Energiequellen bzw. zur Anpflanzung von Begrünungen zu prüfen und auf diesen bei vorhandener Eignung Anlagen und/oder Begrünungen zu errichten, soweit dies die baulichen Belange zulassen.
- Beleuchtungsanlagen und -mittel in städtischen Liegenschaften sukzessive zu sanieren bzw. durch die derzeit effizienteste Technologie zu ersetzen.
- ab dem Jahr 2020 alle städtischen Liegenschaften mit Strom aus Anlagen zur regenerativen Stromerzeugung zu versorgen.
- den städtischen Fuhrpark sukzessive und so weit wie möglich auf energieoptimierte und umweltfreundliche Antriebsarten umzustellen.

Beratungsergebnis: Ohne Abstimmung

Im Rat gefasste Beschlüsse:

a) Beschlussvorschlag der Verwaltung

Die Stadt Velbert erkennt den Klimaschutz und die Klimafolgenanpassung als Aufgaben von höchster Priorität an und setzt damit ein deutliches Zeichen, dass die bisherige erfolgreiche städtische Klimapolitik weiter umgesetzt und entwickelt werden muss. Zudem verpflichtet sie sich zu dem Ziel, wo immer möglich den Ausstoß von Treibhausgasen zu verringern oder zu vermeiden und Maßnahmen zur Anpassung an die bereits unvermeidlichen Folgen des Klimawandels zu treffen sowie laufend öffentlichkeitswirksam über kommunale Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Klimafolgenanpassung zu berichten.

Die bestehenden kommunalen Aktivitäten sind durch die Verabschiedung weiterer konkreter Maßnahmen zu stärken. Vor diesem Hintergrund wird beschlossen,

1. das vorhandene integrierte Energie- und Klimakonzept unter Beteiligung der Öffentlichkeit fortzuschreiben und dem Rat zum Beschluss im IV. Quartal 2019 vorzulegen.
2. einen Förderantrag für die Verlängerung der Förderung des Klimaschutzmanagements um zwei weitere Jahre im Rahmen der nationalen Klimaschutzinitiative zu stellen.

b) Gemeinsamer Antrag der im Rat der Stadt Velbert vertretenen Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke, FDP, UVB und Piraten Partei

Die Verwaltung wird beauftragt:

1. Das Integrierte Energie- und Klimakonzept fortzuschreiben und einen Klimaschutzplan 2030 zu erarbeiten, um aufzuzeigen, wie Velbert seinen Beitrag zur Begrenzung der globalen Erwärmung auf deutlich unter 2 Grad in Deutschland leisten kann. In die Erarbeitung sollen Expertinnen und Experten aus der Wissenschaft, Wirtschaft, Verwaltung, Verbände, Politik sowie Jugendvertreter*innen einbezogen werden. Der zu erarbeitende "Klimaschutzplan 2030" soll dabei folgende Politikfelder abdecken:
 - Umwelt- und Klimaschutz
 - Gesundheit und Soziales
 - Energie und Wirtschaft

- Bildung, Wissenschaft
 - Infrastruktur, Verkehr, Mobilität, Digitalisierung
 - Stadtentwicklung und Bauen
 - Ehrenamt
 - Land- und Forstwirtschaft
 - Finanzen
 - Öffentlichkeitsarbeit.
2. Die bestehenden Klimaschutzkonzepte, soweit vorhanden, sowie die gesamtstädtische Mobilitätsstrategie werden vorrangig und zügig umgesetzt. Hierzu wird dem Rat noch in diesem Jahr durch die Verwaltung eine mit der Politik abgestimmte entsprechende Umsetzungs- und Managementplanung vorgelegt.
 3. Der Klimaschutz wird zu einer Querschnittsaufgabe der Gesamtverwaltung. Entsprechende Strukturen in der Verwaltung werden geschaffen. Dazu schlagen wir vor, den Bereich Klimaschutz in einer Stabsstelle zu verankern und mit entsprechendem Personal- und Sachmitteln auszustatten.
 4. Die Belange des Klimaschutzes und der Klimafolgenanpassung sind bei allen Entscheidungen der Stadt mit geeigneten Verfahren zu untersuchen, darzustellen und abzuwägen. Dabei erhalten die Belange von Klimaschutz und Klimafolgenanpassung prioritäre Gewichtung. Die soziale Sicherung der Velberter Bürger, das Funktionieren des Wirtschaftsstandortes Velbert und die Leistungsfähigkeit des Konzerns Stadt sind dabei zu beachten.
 5. Darüber hinaus werden folgende Klimaschutzmaßnahmen umgesetzt:
 - a. Die Stadt Velbert verzichtet bei der Versorgung ihrer Gebäude mittelfristig auf fossile Energieträger. Dazu wird die Stromversorgung städtischer Gebäude und Anlagen zum nächstmöglichen Zeitpunkt vertraglich auf Naturstrom umgestellt. Deren Heizungsanlagen sind im Rahmen anstehender Investitionsmaßnahmen entsprechend umzurüsten. Darüber hinaus prüft die Stadt Velbert einen Aufbau eines regionalen Biogasverbundes mit dem Ziel, städtische KWK-Anlagen mittelfristig mit Biogas zu betreiben und die Beimischungsquote in den kommunalen Gasnetzen zu erhöhen.
 - b. Das Planungsamt der Stadt Velbert berücksichtigt bei Ausweisung neuer Wohnbau- und Industrieflächen die zu erwartenden klimatischen Auswirkungen. Es ist ein Fachgutachten erstellen zu lassen über die klimatischen Folgen einer Bebauung wie z.B. Bildung von städtischen Wärmeinseln, Anstieg der thermischen Belastung, Wegfall der CO₂-Reduktion durch beabsichtigte Rodungsmaßnahmen, Wegfall von Frischluftschneisen.
 - c. Für das Velberter Stadtgebiet eine Bewertung der bioklimatischen Leistungen der Frei-, Grün- und Forstflächen durch geeignete Fachgutachter vorzunehmen. Flächen mit hoher Bioklimaeignung sind zukünftig frei zu halten.
 - d. Es soll geprüft werden, auf welche Weise versiegelte Flächen – etwa Vorgärten, Hinterhöfe, Schulgelände – renaturiert werden können, beispielsweise über Zuschüsse zur Finanzierung von Entsiegelungen.
 - e. Wälder, Parks und sonstige Grünflächen, deren Baumbestand durch die Stürme der vergangenen Jahre dezimiert worden sind, sollen wieder aufgeforstet werden und es ist zu prüfen, ob Brachen sowie zurzeit und in näherer Zukunft noch ungenutzte Flächen für eine Übergangszeit begrünt werden können. Insgesamt soll der städtische Baumbestand vergrößert werden und Lücken im Straßenbegleitgrün sollen aufgeforstet werden.

f. Für Bereiche mit hoher thermischer Belastung sind per Satzung Dach- und Fassadenbegrünung bei Neubau vorzusehen.

g. Die Stadt Velbert überprüft die Möglichkeit zusätzlicher Bepflanzung städtischer Flächen (ausgenommen der landwirtschaftlich bewirtschafteten Flächen) mit heimischen Sträuchern und Bäumen zum Zweck der CO₂-Reduzierung sowie Senkung der thermischen Belastung und setzt dieses Konzept kurzfristig um. Die Stadt Velbert fordert per Satzung bei Neubau von Wohn- sowie Industriebebauung die weitgehende Nutzung von regenerativen Energien für die Gebäudeheizung und -klimatisierung. Es wird geprüft, ob sich ein Förderprogramm für die Nutzung von regenerativen Energien dafür einrichten lässt.

h. Die Stadt Velbert prüft die Errichtung von Anlagen zur regenerativen Stromerzeugung (Photovoltaik sowie Windkraft als Großanlagen oder Kleinanlagen auf kommunalen Flächen und Gebäude-Dächern) und setzt diese um. Dabei sollen auch private Gebäudeeigentümer besser auf die vorhandenen Möglichkeiten hingewiesen werden.

i. Die Stadt Velbert wird weiterhin darauf wirken, dass mehr Menschen öffentliche Verkehrsmittel nutzen. Hierfür sollen attraktive Angebote seitens der VGV ausgearbeitet und in den zuständigen Gremien vorgestellt und beraten werden. Außerdem fordert die Stadt Velbert die Einführung eines 365 Euro Jahrestickets bzw. prüft alternative Ticketmodelle mit dem Ziel einer kostenfreien ÖPNV-Nutzung.

j. Durch die Stadt Velbert wird in 2-jährigem Turnus eine gesamtstädtische Treibhausgasbilanz erstellt. Ziel ist eine Absenkung der CO₂-Emissionen auf höchstens 80% der Emissionen im Jahr 1990 bis 2030.

k. Es wird alle drei Jahre ein Öko-Audit der Stadtverwaltung zur Einsparung von Ressourcen und Minderung von Emissionen aufgelegt.

l. Die städtischen Beteiligungen werden soweit nötig in die Umsetzung einbezogen. Darüber hinaus werden die städtischen Beteiligungen im Rahmen der Weisungsmöglichkeiten dazu aufgefordert, betriebliche Klimaschutzkonzepte zu erarbeiten bzw. fortzuschreiben und dem Rat zur Genehmigung vorzulegen.

Die Bereitstellung von Fördermitteln ist für jede Maßnahme zu prüfen.

Der Rat der Stadt Velbert beschließt, einen Förderantrag für ein kommunales Klimaschutzkonzept gem. der aktuellen "Kommunalrichtlinie 2019 (s.www.klimaschutz.de/kommunen) und die erforderlichen finanziellen Mittel hierfür in den Haushalt für 2020 aufzunehmen.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

2.2 Antrag der SPD-Fraktion Klimaschutz; Sondersitzung des Rates

Vorlage: 260/2019

Die Tagesordnungspunkte 2.2 bis 2.33 sind zusammengefasst thematisiert worden, ohne dass über die jeweiligen Anträge detailliert beraten und explizit abgestimmt worden ist.

Der Verhandlungsverlauf ist unter Tagesordnungspunkt 2.1 aufgeführt.

Antrag der SPD- Fraktion

Der Rat möge beschließen, eine Sondersitzung des Rates nach den Sommerferien zum Thema Klimaschutz zu terminieren.

Beratungsergebnis: Über diesen Antrag ist nicht explizit abgestimmt worden. Zum Teil sind die unter TOP 2.2 ff. aufgeführten Anträge bereits erledigt bzw. hat sich der Rat einstimmig für eine Verweisung an diverse vorberatende Fachausschüsse / Gremien ausgesprochen. Die Matrix "Verweisung der Anträge in die zuständigen Ausschüsse" ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

**2.3 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Klimanotstand
Vorlage: 248/2019**

Die Tagesordnungspunkte 2.2 bis 2.33 sind zusammengefasst thematisiert worden, ohne dass über die jeweiligen Anträge detailliert beraten und explizit abgestimmt worden ist. Der Verhandlungsverlauf ist unter Tagesordnungspunkt 2.1 aufgeführt.

Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

1. Der Rat der Stadt Velbert erklärt den Klimanotstand und erkennt damit die Eindämmung der Klimakrise und ihrer schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität an. Damit wird ab sofort Klimaschutz im kommunalpolitischen Handeln prioritär verankert.
2. Der Klimaschutz wird zu einer Querschnittsaufgabe der Gesamtverwaltung. Entsprechende Strukturen in der Verwaltung werden geschaffen. Dazu schlagen wir vor, den Bereich Klimaschutz in einer Stabsstelle zu verankern und mit entsprechendem Personal- und Sachmitteln auszustatten.
3. Die Belange des Klimaschutzes und der Klimafolgenanpassung sind bei allen Entscheidungen der Stadt zu untersuchen, darzustellen und abzuwägen. Dabei erhalten die Belange von Klimaschutz und Klimafolgenanpassung prioritäre Gewichtung.
4. Darüber hinaus werden folgende Klimaschutzmaßnahmen umgesetzt:
 - a. Die bestehenden Klimaschutzkonzepte, soweit vorhanden, sowie die gesamtstädtische Mobilitätsstrategie werden vorrangig und zügig umgesetzt. Hierzu wird dem Rat noch in diesem Jahr eine entsprechende Umsetzungs- und Managementplanung vorgelegt.
 - b. Die Stadt Velbert verzichtet bei der Versorgung ihrer Gebäude mittelfristig auf fossile Energieträger. Dazu wird die Stromversorgung städtischer Gebäude und Anlagen zum nächstmöglichen Zeitpunkt vertraglich auf Naturstrom umgestellt. Deren Heizungsanlagen sind im Rahmen anstehender Investitionsmaßnahmen entsprechend umzurüsten.

Darüber hinaus ergreift die Stadt Velbert die Initiative zum Aufbau eines regionalen Biogasverbundes mit dem Ziel, städtische KWK-Anlagen mittelfristig mit Biogas zu betreiben und die Beimischungsquote in den kommunalen Gasnetzen zu erhöhen.

c.

Das Planungsamt der Stadt Velbert berücksichtigt bei Ausweisung neuer Wohnbau- und Industrieflächen die zu erwartenden klimatischen Auswirkungen. Es ist ein Fachgutachten erstellen zu lassen über die klimatischen Folgen einer Bebauung wie z.B. Bildung von städtischen Wärmeinseln, Anstieg der thermischen Belastung, Wegfall der CO₂-Reduktion durch beabsichtigte Rodungsmaßnahmen, Wegfall von Frischluftschneisen.

d.

Für das Velberter Stadtgebiet ist eine Bewertung der bioklimatischen Leistungen der Frei-, Grün- und Forstflächen vorzunehmen. Flächen mit hoher Bioklimaeignung sind zukünftig frei zu halten.

e.

Für Bereiche mit hoher thermischer Belastung sind per Satzung Dach- und Fassadenbegrünung bei Neu- und Umbau vorzusehen.

f.

Die Stadt Velbert überprüft die Möglichkeit zusätzlicher Bepflanzung städtischer Flächen mit heimischen Sträuchern und Bäumen zum Zweck der CO₂-Reduzierung sowie Senkung der thermischen Belastung und setzt dieses Konzept kurzfristig um.

g.

Die Stadt Velbert fordert per Satzung bei Neubau von Wohn- sowie Industriebebauung die Nutzung von regenerativen Energien für die Gebäudeheizung und -klimatisierung. Es wird geprüft, ob sich ein Förderprogramm für die Nutzung von regenerativen Energien dafür einrichten lässt.

h.

Die Stadt Velbert prüft die Errichtung von Anlagen zur regenerativen Strom-erzeugung (Photovoltaik sowie Windkraft als Großanlagen oder Kleinanlagen auf Dächern öffentlicher Gebäude/Flächen) und setzt diese um.

i.

Durch die Stadt Velbert wird in 2-jährigem Turnus eine gesamtstädtische Treibhausgasbilanz erstellt. Ziel ist eine Absenkung der CO₂-Emissionen auf höchstens 80% der Emissionen im Jahr 1990.

j.

Es wird ein jährliches Öko-Audit der Stadtverwaltung zur Einsparung von Ressourcen und Minderung von Emissionen aufgelegt.

5. Die städtischen Beteiligungen werden soweit nötig in die Umsetzung einbezogen. Darüber hinaus werden die städtischen Beteiligungen im Rahmen der Weisungsmöglichkeiten dazu aufgefordert, betriebliche Klimaschutzkonzepte zu erarbeiten bzw. fortzuschreiben und dem Rat zur Genehmigung vorzulegen.
6. Der Rat der Stadt Velbert beschließt, einen Förderantrag für ein kommunales Klimaschutzkonzept gem. der aktuellen „Kommunalrichtlinie 2019 (s. www.klimaschutz.de/kommunen) und die erforderlichen finanziellen Mittel hierfür in den Haushalt für 2020 aufzunehmen.

Beratungsergebnis:

Über diesen Antrag ist nicht explizit abgestimmt worden. Zum Teil sind die unter TOP 2.2 ff. aufgeführten Anträge bereits erledigt bzw. hat sich der Rat einstimmig für eine Verweisung an diverse vorberatende Fachausschüsse / Gremien ausgesprochen. Die Matrix "Verweisung der Anträge in die zuständigen Ausschüsse" ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

**2.4 Antrag der Fraktion Piraten Partei
Unterstützung der Resolution zur Ausrufung des Klimanotstands**
Vorlage: 261/2019

Die Tagesordnungspunkte 2.2 bis 2.33 sind zusammengefasst thematisiert worden, ohne dass über die jeweiligen Anträge detailliert beraten und explizit abgestimmt worden ist.

Der Verhandlungsverlauf ist unter Tagesordnungspunkt 2.1 aufgeführt.

Antrag der Piraten-Fraktion

Die Stadt Velbert unterstützt die Resolution zur Ausrufung des Climate Emergency («Klimanotstand») [1].

Beratungsergebnis: Über diesen Antrag ist nicht explizit abgestimmt worden. Zum Teil sind die unter TOP 2.2 ff. aufgeführten Anträge bereits erledigt bzw. hat sich der Rat einstimmig für eine Verweisung an diverse vorberatende Fachausschüsse / Gremien ausgesprochen.
Die Matrix "Verweisung der Anträge in die zuständigen Ausschüsse" ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

**2.5 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Erstellung eines Hitzeaktionsplans für die Stadt Velbert**
Vorlage: 249/2019

Die Tagesordnungspunkte 2.2 bis 2.33 sind zusammengefasst thematisiert worden, ohne dass über die jeweiligen Anträge detailliert beraten und explizit abgestimmt worden ist.

Der Verhandlungsverlauf ist unter Tagesordnungspunkt 2.1 aufgeführt.

Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Wir beantragen die Erstellung eines Hitzeaktionsplans für die Stadt Velbert. Der Aktionsplan sollte konkrete und wirksame Maßnahmen zur Mikroklimasteuerung auf Velberter Stadtgebiet enthalten. Im Bereich der Bauleitplanung müssen Prüfscenarien entwickelt werden, um die Auswirkung von Projekten auf das Mikroklima darstellen und bewerten zu können. Zusätzlich sollten Informationskampagnen, besonders für die überwiegend betroffenen Altersgruppen, erarbeitet werden.

Beratungsergebnis: Über diesen Antrag ist nicht explizit abgestimmt worden. Zum Teil sind die unter TOP 2.2 ff. aufgeführten Anträge bereits erledigt bzw. hat sich der Rat einstimmig für eine Verweisung an diverse vorberatende Fachausschüsse / Gremien ausgesprochen.
Die Matrix "Verweisung der Anträge in die zuständigen Ausschüsse" ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

**2.6 Antrag der FDP-Fraktion
Klima- und Generationenrelevanz von Beschlüssen des Rates und seiner Ausschüsse**
Vorlage: 255/2019

Die Tagesordnungspunkte 2.2 bis 2.33 sind zusammengefasst thematisiert worden, ohne dass über die jeweiligen Anträge detailliert beraten und explizit abgestimmt worden ist.

Der Verhandlungsverlauf ist unter Tagesordnungspunkt 2.1 aufgeführt.

Antrag der FDP-Fraktion

Die Verwaltung wird beauftragt, bei allen Beschlussvorlagen sowohl die positiven als auch die negativen Auswirkungen der Entscheidung auf das Klima und die Generationengerechtigkeit hin sowohl qualitativ als auch quantitativ darzustellen.

Zur Umsetzung dieses Beschlusses wird die Verwaltung unverzüglich eine entsprechende Vorlage erstellen, in der sie darlegt, wie die Bewertung der Auswirkungen auf Klima und die Generationengerechtigkeit erfolgen sollen.

Beratungsergebnis: Über diesen Antrag ist nicht explizit abgestimmt worden. Zum Teil sind die unter TOP 2.2 ff. aufgeführten Anträge bereits erledigt bzw. hat sich der Rat einstimmig für eine Verweisung an diverse vorbereitende Fachausschüsse / Gremien ausgesprochen.
Die Matrix "Verweisung der Anträge in die zuständigen Ausschüsse" ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

**2.7 Antrag der CDU-Fraktion
Resolution und Antrag des Rates der Stadt Velbert
„Klima- und Umweltschutz im Mittelpunkt unseres politischen Handelns“**
Vorlage: 262/2019

Die Tagesordnungspunkte 2.2 bis 2.33 sind zusammengefasst thematisiert worden, ohne dass über die jeweiligen Anträge detailliert beraten und explizit abgestimmt worden ist.

Der Verhandlungsverlauf ist unter Tagesordnungspunkt 2.1 aufgeführt.

Antrag der CDU-Fraktion

Für die nächste Sitzung des Rates möchten wir gemeinsam mit allen Fraktionen des Rates die folgende Erklärung als Resolution und damit Selbstverpflichtung mit einer bindenden Wirkung für unser kommunalpolitisches Handeln beschließen.

Resolution und Antrag des Rates der Stadt Velbert
„Klima- und Umweltschutz im Mittelpunkt unseres politischen Handelns“.

Antrag der CDU-Fraktion

Vor diesem Hintergrund bitten wir den Bürgermeister um die Einberufung einer Sondersitzung des Rates zum Thema „Klima- und Umweltschutz in Velbert“ mit der Darstellung des integrierten Energie- und Klimaschutzkonzeptes und der Klimaschutzteilkonzepte

mit Erläuterungen zum Stand der Umsetzung und Vorstellung des Klimaschutzmanagers und seiner Handlungsfelder und Aufgabenbereiche.

Beratungsergebnis: Dieser Antrag ist mit dem Sitzungsverlauf erfüllt und umgesetzt. Zum Teil sind die unter TOP 2.2 ff. aufgeführten Anträge bereits erledigt bzw. hat sich der Rat einstimmig für eine Verweisung an diverse vorberatende Fachausschüsse / Gremien ausgesprochen.
Die Matrix "Verweisung der Anträge in die zuständigen Ausschüsse" ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

2.8 Antrag der Fraktion Velbert anders Statusbericht des Energie und Klimaschutzkonzeptes

Vorlage: 277/2019

Die Tagesordnungspunkte 2.2 bis 2.33 sind zusammengefasst thematisiert worden, ohne dass über die jeweiligen Anträge detailliert beraten und explizit abgestimmt worden ist.

Der Verhandlungsverlauf ist unter Tagesordnungspunkt 2.1 aufgeführt.

Antrag der Fraktion Velbert anders

Den Ratsfraktionen wird mit der Einladung ein dezidierter Statusbericht des Energie- und Klimaschutzkonzeptes zugesandt.

Der Klimaschutzbeauftragte sollte in der Sitzung zugegen sein, um evtl. Fragen beantworten zu können.

Beratungsergebnis: Über diesen Antrag ist nicht explizit abgestimmt worden. Zum Teil sind die unter TOP 2.2 ff. aufgeführten Anträge bereits erledigt bzw. hat sich der Rat einstimmig für eine Verweisung an diverse vorberatende Fachausschüsse / Gremien ausgesprochen.
Die Matrix "Verweisung der Anträge in die zuständigen Ausschüsse" ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

2.9 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Maßnahmen gegen das Artensterben und für den Insektenschutz bei der Flächen- und Gartenbewirtschaftung

Vorlage: 317/2019

Die Tagesordnungspunkte 2.2 bis 2.33 sind zusammengefasst thematisiert worden, ohne dass über die jeweiligen Anträge detailliert beraten und explizit abgestimmt worden ist.

Der Verhandlungsverlauf ist unter Tagesordnungspunkt 2.1 aufgeführt.

Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

1. Die Stadt Velbert wandelt auf ihren Grünflächen jeweils einen Bereich zu Blühflächen um. Sie pflanzt auf Verkehrsinseln wiederkehrende Blütenstauden (anstatt pflegeintensive Saisonblüher, die saisonbedingt erneuert bzw. entsorgt werden müssen).

2. Die Stadt Velbert errichtet Insektenhotels in Parks und auf anderen Grünflächen und versieht sie mit Infotafeln. Diese sollen dazu dienen, die Bürger für die Notwendigkeit des Artenschutzes zu sensibilisieren und deren Eigeninitiative zu fördern.
3. Eigene Flächen müssen zukünftig grundsätzlich ohne chemische Pflanzenschutzmittel bewirtschaftet werden (z.B. Friedhof, Fußballplatz). Auch auf verpachteten nichtlandwirtschaftlichen Flächen muss der Pestizideinsatz untersagt werden. Die Pachtverträge sind dementsprechend anzupassen bzw. fristgerecht zu kündigen und die Flächen ggf. neu zu verpachten. Über Ausnahmen im Notfall bspw. zur Verhinderung akuter Beeinträchtigung von Ökosystemen oder der Ausbreitung von Schädlingen oder invasiven Arten entscheidet der Rat.
4. Alle verpachteten landwirtschaftlichen Flächen (Grünland, Wiesen und Acker) sollen zeitnah nur noch extensiv bewirtschaftet (analog der Richtlinien des Vertragsnaturschutzes) werden und müssen zukünftig grundsätzlich ohne chemische Pflanzenschutzmittel bewirtschaftet werden. Auch die Anlage von Blühstreifen werden festgelegt und im Pachtvertrag fixiert. Hierfür sind Pachtverträge und ggf. auch die Pachtpreise anzupassen bzw. die Verträge fristgerecht zu kündigen und ggf. die Flächen entsprechend neu zu verpachten.
5. Der Rat der Stadt Velbert beschließt, die nachfolgend aufgelisteten Texthinweise in die textlichen Festsetzungen aller aktuellen und zukünftigen Bebauungspläne aufzunehmen:
 - a. Pflanzempfehlungen: Für die Anpflanzung von Bäumen, Hecken, Sträuchern, Pflanzen, Blumen sind standortgerechte, heimische Gehölze/Pflanzen zu verwenden, die Nahrungsquellen für Insekten, Vögel und Kleinlebewesen bieten. Fassaden- und Dachbegrünungen sind – sofern durchführbar – festzulegen. Sie leisten einen zusätzlichen wichtigen Beitrag zum Arten- und Klimaschutz.
 - b. Die Verwendung von chemischen Pflanzenschutzmitteln und Bioziden hat zum Schutz der Natur generell zu unterbleiben. Die Stadt Velbert bietet hierfür Beratung und Unterstützung an.
 - c. Außenanlagengestaltung: Die Flächenversiegelung ist so gering wie möglich auszuführen, ggf. sind versickerungsfähige Pflasterungen und vergleichbares einzusetzen. Die unversiegelten Außen-, Garten- und Grünflächen sind naturnah und strukturreich zu bepflanzen und zu gestalten. Blumenwiesen ist Vorrang vor Rasenflächen zu geben.
 - d. Für die Straßen- und Außenbeleuchtung sind insektendichte eingehauste Lampen mit Abstrahlrichtung nach unten und einer Farbtemperatur von max. 3.000°K (warmweiß) zu verwenden.
 - e. Die Stadt Velbert untersagt die Neuanlage von sogenannten Stein-/Kies bzw. Schottergärten – aus Arten- bzw. speziell auch Insektenschutzgründen und aus Klimaschutzgründen. Stein- /Kies- bzw. Schottergärten erhöhen erwiesenermaßen die lokale mittlere Umgebungstemperatur. Zur Information der Bürger wird eine Broschüre zur nachhaltigen, eine hohe Biodiversität unterstützenden Gartengestaltung zur Verfügung gestellt. Diese soll auch Tipps zur einfachen Pflege und Unterdrückung von Unkrautwachstum enthalten.

Darüber hinaus sollen alle Bürger in Velbert über diese Empfehlungen über Zeitung/Informationsblätter informiert werden. Jeder Bürger, der Pflanzänderungen in seinem Hausgarten zugunsten der Bienenfreundlichkeit und Artenvielfalt vornehmen möchte, sollte einmal finanziell möglichst unbürokratisch mit 100 Euro unterstützt werden. Dafür

sollen die Mittel für Artenvielfalt von 5000 Euro genutzt und für die ersten 50 Bürgeranfragen in 2019 verwendet werden. Dies ist in 2020 weiterzuführen und der Betrag auf 10.000 Euro zu erhöhen. Als Orientierungshilfe ist hierzu ein Pflanzenkatalog zu entwickeln.

Für alle Velberter Landwirte werden Informationsbroschüren über Fördermöglichkeiten bei Umstellung auf umweltfreundlichen, Biodiversität fördernden Landbau zusammengestellt und Beratungsgespräche angeboten.

Analog zu der Landwirtschaft werden Informationsbroschüren für die ökologische Bewirtschaftung von Forstflächen herausgegeben und Beratungen durchgeführt - insbesondere für Herrn Tunecke.

Beratungsergebnis: Über diesen Antrag ist nicht explizit abgestimmt worden. Zum Teil sind die unter TOP 2.2 ff. aufgeführten Anträge bereits erledigt bzw. hat sich der Rat einstimmig für eine Verweisung an diverse vorberatende Fachausschüsse / Gremien ausgesprochen. Die Matrix "Verweisung der Anträge in die zuständigen Ausschüsse" ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

2.10 **Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** **Ersatzpflanzungen** Vorlage: 318/2019

Die Tagesordnungspunkte 2.2 bis 2.33 sind zusammengefasst thematisiert worden, ohne dass über die jeweiligen Anträge detailliert beraten und explizit abgestimmt worden ist.

Der Verhandlungsverlauf ist unter Tagesordnungspunkt 2.1 aufgeführt.

Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Die Verwaltung erstellt ein Konzept zum Umgang mit Ersatzpflanzungen im direkten Stadtgebiet. Ziel ist die Begrünung als stadtbildprägendes Element und die Bekämpfung von Wärmeinseln als Gegenstand der Vorsorgeplanung zu berücksichtigen. Folgende Rahmenbedingungen sind dabei im Konzept für Ersatzpflanzungen zu berücksichtigen:

1. Biomassenvolumen des entnommenen Baums

Die Gesamtzahl der Ersatzpflanzungen sollte dem Biomassenvolumen des entnommenen Baums mit einer Perspektive von 10-15 Jahren nahekommen. Mindestens müssen jedoch Pflanzungen nach folgendem Schema vorgenommen werden:

Ersatzpflanzungen bemessen sich am Stammumfang (STU) des entnommenen Baums:

- • *STU des entfernten Baumes 80-150 cm > 2 Ersatzpflanzungen mit mind. STU 18/20 cm*
- • *STU des entfernten Baumes 151-250 cm > 4 Ersatzpflanzungen mit mind. STU 18/20 cm*
- • *STU des entfernten Baumes 251-350 cm > 6 Ersatzpflanzungen mit mind. STU 18/20 cm*

usw.

Die Ersatzpflanzungen können aber ggf. auf das nahe Stadtgebiet verteilt werden. Bzw. es können Bäume mit hoher Holzdichte (soweit am Standort sinnvoll) gepflanzt werden.

2. Auswirkung auf das Mikroklima am Standort

Ersatzpflanzungen sind unter Berücksichtigung einer Erhöhung der Aufenthaltsqualität/Lebensqualität im unmittelbaren Entnahmebereich (Schatten, Temperaturregulation und Luftbefeuchtung) zu planen und auszuführen.

3. Förderung der Biodiversität

Es ist zur Förderung der innerstädtischen Biodiversität (Insekten-, Vogel- und Pflanzenarten) eine abwechslungsreiche, artenreiche Bepflanzung vorzusehen. Monokulturen sind zu vermeiden. Es sind bevorzugt heimische, standorttypische Gehölzarten zu verwenden.

4. Eignung der Ersatzpflanzungen

Die zu pflanzenden heimischen Gehölze sind im Vorfeld in Bezug auf Resistenz gegen die bereits geänderten klimatischen Bedingungen sowie auf aktuell notwendige Schädlings- und Krankheitsresistenz zu prüfen und auszuwählen.

Beratungsergebnis: Über diesen Antrag ist nicht explizit abgestimmt worden. Zum Teil sind die unter TOP 2.2 ff. aufgeführten Anträge bereits erledigt bzw. hat sich der Rat einstimmig für eine Verweisung an diverse vorberatende Fachausschüsse / Gremien ausgesprochen. Die Matrix "Verweisung der Anträge in die zuständigen Ausschüsse" ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

2.11 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Mehr "Wildniswald" für Velbert

Vorlage: 345/2019

Die Tagesordnungspunkte 2.2 bis 2.33 sind zusammengefasst thematisiert worden, ohne dass über die jeweiligen Anträge detailliert beraten und explizit abgestimmt worden ist.

Der Verhandlungsverlauf ist unter Tagesordnungspunkt 2.1 aufgeführt.

Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

1. Die Stadt Velbert zertifiziert alle Flächen des Kommunalwaldes mit dem Nachhaltigkeitssiegel „FSC 100 %“.
2. Der Anteil von unbewirtschafteten Flächen im Kommunalwald („Wildniswäldern“) der Stadt Velbert wird jährlich um 5 % auf 50 % Gesamtflächenanteil erhöht. Bis Juli 2020 soll dem Umwelt-und Planungsausschuss dazu ein Flächenkonzept vorgelegt werden.

Beratungsergebnis: Über diesen Antrag ist nicht explizit abgestimmt worden. Zum Teil sind die unter TOP 2.2 ff. aufgeführten Anträge bereits erledigt bzw. hat sich der Rat einstimmig für eine Verweisung an diverse vorberatende Fachausschüsse / Gremien ausgesprochen. Die Matrix "Verweisung der Anträge in die zuständigen Ausschüsse" ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

**2.12 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Patenschaften für sog. Baumscheiben/öffentliche Bepflanzungen**
Vorlage: 319/2019

Die Tagesordnungspunkte 2.2 bis 2.33 sind zusammengefasst thematisiert worden, ohne dass über die jeweiligen Anträge detailliert beraten und explizit abgestimmt worden ist.

Der Verhandlungsverlauf ist unter Tagesordnungspunkt 2.1 aufgeführt.

Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Die Stadtverwaltung erarbeitet gemeinsam mit den Technischen Betrieben zeitnah ein Konzept, wie interessierte Bürger*innen, Anwohner*innen und Gewerbetreibende Patenschaften für die Bepflanzung und Pflege von öffentlichen Grünflächen/Baumscheiben übernehmen können.

Beratungsergebnis: Über diesen Antrag ist nicht explizit abgestimmt worden. Zum Teil sind die unter TOP 2.2 ff. aufgeführten Anträge bereits erledigt bzw. hat sich der Rat einstimmig für eine Verweisung an diverse vorberatende Fachausschüsse / Gremien ausgesprochen. Die Matrix "Verweisung der Anträge in die zuständigen Ausschüsse" ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

**2.13 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Baumpflanzungen Moltkeplatz und Platz an der Hohenzollernstraße**
Vorlage: 320/2019

Die Tagesordnungspunkte 2.2 bis 2.33 sind zusammengefasst thematisiert worden, ohne dass über die jeweiligen Anträge detailliert beraten und explizit abgestimmt worden ist.

Der Verhandlungsverlauf ist unter Tagesordnungspunkt 2.1 aufgeführt.

Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Bündnis 90/Die Grünen beantragen, dass auf dem Moltkeplatz und dem Platz an der Hohenzollernstraße mehrere Bäume auf der bislang durchgehend versiegelten Platzfläche gepflanzt werden.

Beratungsergebnis: Über diesen Antrag ist nicht explizit abgestimmt worden. Zum Teil sind die unter TOP 2.2 ff. aufgeführten Anträge bereits erledigt bzw. hat sich der Rat einstimmig für eine Verweisung an diverse vorberatende Fachausschüsse / Gremien ausgesprochen. Die Matrix "Verweisung der Anträge in die zuständigen Ausschüsse" ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

**2.14 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Baumschutzsatzung**
Vorlage: 324/2019

Die Tagesordnungspunkte 2.2 bis 2.33 sind zusammengefasst thematisiert worden, ohne dass über die jeweiligen Anträge detailliert beraten und explizit abgestimmt worden ist.

Der Verhandlungsverlauf ist unter Tagesordnungspunkt 2.1 aufgeführt.

Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Einführung einer Satzung zum Schutz des Baumbestandes (i.S.d. § 49 LNatSchG NRW) zur

- Sicherstellung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes,
- Gestaltung, Gliederung und Pflege des Orts- und Landschaftsbildes und zur Sicherung der Naherholung,
- Abwehr schädlicher Einwirkungen auf den Menschen und auf Stadtbiootope,
- Erhaltung oder Verbesserung des Stadtklimas,
- Erhaltung eines artenreichen Baumbestands.

Die Satzung regelt den Schutz des Baumbestandes innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile und des Geltungsbereiches der Bebauungspläne auf Basis der folgenden Parameter:

- Geschützte Bäume sind zu erhalten und mit diesem Ziel zu pflegen und vor Gefährdung zu bewahren.
- Geschützt sind Bäume mit einem Stammumfang von mindestens 80 cm, gemessen in einer Höhe von 100 cm über dem Erdboden.
- Mehrstämmige Bäume sind geschützt, wenn die Summe der Stammumfänge 80 cm beträgt und mindestens ein Stamm einen Mindestumfang von 30 cm aufweist.
- Die Satzung gilt auch für Bäume, die aufgrund von Festsetzungen eines Bebauungsplanes zu erhalten sind, auch wenn die vorgenannten Voraussetzungen nicht vorliegen.
- Die Satzung gilt automatisch für die nach der Satzung vorgenommenen Ersatzpflanzungen.
- Es ist verboten, geschützte Bäume zu entfernen, zu zerstören, zu schädigen oder ihren Aufbau wesentlich zu verändern (Habitus).
- Ebenso sind auch Einwirkungen auf den Raum (Wurzel- und Kronenbereich), den geschützte Bäume zur Existenz benötigen, und die zur Schädigung oder zum Absterben des Baumes führen können, verboten.
- Wird eine Ausnahme erteilt, sind vom Eigentümer Ersatzpflanzungen vorzunehmen. Ersatzpflanzungen bemessen sich dabei am Stammumfang (STU) des entnommenen Baums:
 - STU des entfernten Baumes 80-150 cm > 2 Ersatzpflanzungen mit mind. STU 18/20 cm
 - STU des entfernten Baumes 151-250 cm > 4 Ersatzpflanzungen mit mind. STU 18/20 cm
 - STU des entfernten Baumes 251-350 cm > 6 Ersatzpflanzungen mit mind. STU 18/20 cm
 - usw.

- Wachsen die zu pflanzenden Bäume nicht an, ist die Ersatzpflanzung zu wiederholen.
- Ist eine Ersatzpflanzung ganz oder teilweise auf dem Grundstück unmöglich, ist eine Ausgleichszahlung zu leisten. Unmöglich ist eine Ersatzpflanzung, wenn ihr rechtliche oder tatsächliche Gründe (fachliche Gesichtspunkte eingeschlossen) entgegenstehen. (Die Höhe der Ausgleichszahlung bemisst sich nach dem Wert des Baumes, mit dem ansonsten eine Ersatzpflanzung erfolgen müsste zuzüglich einer Pflanzkostenpauschale von 30 % des Pflanzenwertes zuzüglich Kosten für Pflanzgrube, Substrat, Verankerung und Fertigstellungspflege. Die Ausgleichszahlung wird zweckgebunden für Neupflanzungen im Stadtgebiet verwendet. Diese sind nach Möglichkeit in räumlicher Nähe des entfernten Baums umzusetzen.)
- Ordnungswidrig gemäß § 77 LNatschG NRW handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig:
 - geschützte Bäume entgegen den Verboten und ohne Ausnahmegenehmigung oder Erteilung einer Befreiung entfernt, zerstört, schädigt oder ihren Aufbau wesentlich verändert Anordnungen zur Pflege, zur Erhaltung oder zur sonstigen Sicherung gefährdeter geschützter Bäume nicht Folge leistet
 - Nebenbestimmungen zu einer Ausnahmegenehmigung oder Erteilung einer Befreiung nicht erfüllt
 - seinen Verpflichtungen nicht nachkommt
 - geschützte Bäume nicht in den Lageplan einträgt.
- Ordnungswidrigkeiten können gemäß § 78 LNatschG NRW mit einer Geldbuße bis zu 50.000,00 Euro geahndet werden, soweit die Zuwiderhandlung nicht nach anderen Rechtsvorschriften mit Strafe bedroht ist.

Beratungsergebnis: Über diesen Antrag ist nicht explizit abgestimmt worden. Zum Teil sind die unter TOP 2.2 ff. aufgeführten Anträge bereits erledigt bzw. hat sich der Rat einstimmig für eine Verweisung an diverse vorberatende Fachausschüsse / Gremien ausgesprochen. Die Matrix "Verweisung der Anträge in die zuständigen Ausschüsse" ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

2.15 **Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Dachbegrünung bei Neubauten**

Vorlage: 327/2019

Die Tagesordnungspunkte 2.2 bis 2.33 sind zusammengefasst thematisiert worden, ohne dass über die jeweiligen Anträge detailliert beraten und explizit abgestimmt worden ist.

Der Verhandlungsverlauf ist unter Tagesordnungspunkt 2.1 aufgeführt.

Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Bündnis 90/Grüne beantragen die Pflicht zur Dachbegrünung bei Neubauten für geeignete Dächer.

Beratungsergebnis: Über diesen Antrag ist nicht explizit abgestimmt worden. Zum Teil sind die unter TOP 2.2 ff. aufgeführten Anträge bereits erledigt bzw. hat sich der Rat einstimmig für eine Verweisung an diverse vorberatende Fachausschüsse / Gremien ausgesprochen.
Die Matrix "Verweisung der Anträge in die zuständigen Ausschüsse" ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

**2.16 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kosten-Nutzenrechnung der Forstbewirtschaftung**
Vorlage: 328/2019

Die Tagesordnungspunkte 2.2 bis 2.33 sind zusammengefasst thematisiert worden, ohne dass über die jeweiligen Anträge detailliert beraten und explizit abgestimmt worden ist.
Der Verhandlungsverlauf ist unter Tagesordnungspunkt 2.1 aufgeführt.

Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

1. Die Verwaltung möge eine Ausgabenaufstellung / Bilanzierung (?) vornehmen, welche Kosten die derzeitige Waldbewirtschaftung in 2017 und 2018 verursacht hat und sie den jeweiligen Jahres-Einnahmen aus Holzverkäufen etc. gegenüberstellen.
2. Es ist ein Plan offenzulegen oder – sofern nicht vorhanden, zu erstellen, wann in welchen Waldgebieten turnusmäßig welche Pflegearbeiten anfallen.
3. Die Verwaltung möge prüfen, ob schonendere Verfahren zur Baumentnahme wie etwa der Einsatz von HolZRückepferden ggf. auch wirtschaftlicher sind, da zum einen weniger Wiederinstandsetzungsmaßnahmen erforderlich sind und zum anderen die Waldqualität weitere Einnahmequellen wie etwa durch den Tourismus zu begünstigen vermag.

Beratungsergebnis: Über diesen Antrag ist nicht explizit abgestimmt worden. Zum Teil sind die unter TOP 2.2 ff. aufgeführten Anträge bereits erledigt bzw. hat sich der Rat einstimmig für eine Verweisung an diverse vorberatende Fachausschüsse / Gremien ausgesprochen.
Die Matrix "Verweisung der Anträge in die zuständigen Ausschüsse" ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

**2.17 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
European Energy Award; Teilnahme durch die Stadt Velbert**
Vorlage: 321/2019

Die Tagesordnungspunkte 2.2 bis 2.33 sind zusammengefasst thematisiert worden, ohne dass über die jeweiligen Anträge detailliert beraten und explizit abgestimmt worden ist. Der Verhandlungsverlauf ist unter Tagesordnungspunkt 2.1 aufgeführt.

Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Bündnis 90/Die Grünen beantragen die Teilnahme der Stadt Velbert am European Energy Award (EEA) zum nächstmöglichen Zeitpunkt.

Beratungsergebnis: Über diesen Antrag ist nicht explizit abgestimmt worden. Zum Teil sind die unter TOP 2.2 ff. aufgeführten Anträge bereits erledigt bzw. hat sich der Rat einstimmig für eine Verweisung an diverse vorberatende Fachausschüsse / Gremien ausgesprochen.
Die Matrix "Verweisung der Anträge in die zuständigen Ausschüsse" ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

**2.18 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Klimakarte**
Vorlage: 322/2019

Die Tagesordnungspunkte 2.2 bis 2.33 sind zusammengefasst thematisiert worden, ohne dass über die jeweiligen Anträge detailliert beraten und explizit abgestimmt worden ist.
Der Verhandlungsverlauf ist unter Tagesordnungspunkt 2.1 aufgeführt.

Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Bündnis 90/Die Grünen beantragen die Beauftragung einer Klimakarte für das Stadtgebiet von Velbert mit folgenden Leistungen:

- Darstellung der Ist-Situation im Stadtgebiet durch Last- und Ausgleichsräume, Kaltluftbildung und -abflüsse, Belüftungsverhältnisse und bioklimatische Belastungen
- Darstellung der Belastungssituation in einem Zukunftsszenario (Zieljahr 2050) zur Darstellung der Belastungssituation auf Grund des Klimawandels
- Raumbezogene Planungshinweise zu Begrünungs- und Entsiegelungsmaßnahmen, freizuhaltende Frisch- und Kaltluftbahnen, Verdichtungsmöglichkeiten sowie bioklimatische Entlastungsräume.

Beratungsergebnis: Über diesen Antrag ist nicht explizit abgestimmt worden. Zum Teil sind die unter TOP 2.2 ff. aufgeführten Anträge bereits erledigt bzw. hat sich der Rat einstimmig für eine Verweisung an diverse vorberatende Fachausschüsse / Gremien ausgesprochen.
Die Matrix "Verweisung der Anträge in die zuständigen Ausschüsse" ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

**2.19 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kommunale Energiewende**
Vorlage: 325/2019

Die Tagesordnungspunkte 2.2 bis 2.33 sind zusammengefasst thematisiert worden, ohne dass über die jeweiligen Anträge detailliert beraten und explizit abgestimmt worden ist.
Der Verhandlungsverlauf ist unter Tagesordnungspunkt 2.1 aufgeführt.

Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

- Erarbeitung eines Energiewendekonzepts zur Förderung des Klimaschutzes mit dem Ziel der vollständigen Umstellung der Energieversorgung der Stadt Velbert auf dezentral bereitgestellte, regenerative Energien bis zum Jahr 2035 mit

- Teilkonzepten und Meilensteinplänen für die Nutzung von Windenergie, Solarenergie (insbesondere Photovoltaik und Solarthermie), Bioenergie aus biogenen Brenn- und Kraftstoffen, Wasserkraft und Geothermie,
 - einem Teilkonzept und Meilensteinplan für die wirtschaftliche Erzeugung, Nutzung und Marktaktivierung des Ökogases Wasserstoff als Langzeitspeicher für alle regenerativen Energieformen und als Treibstoff für Brennstoffzellen,
 - sowie einem lokalspezifischen Konzept für den zeitgleichen Ausstieg aus der Verstromung von Braun- und Steinkohle
- Gründung einer konzernunabhängigen Genossenschaft für regenerative Energien
 - Gründung einer kommunalen Agentur für regenerative Energien zur Beratung der Bürger in Bezug auf Energieeinsparung, Effizienzsteigerung und Projektbegleitung beim Ausbau der regenerativen Energien
 - Errichtung eines mit Bioenergie und / oder oberflächennaher Geothermie betriebenen, regenerativen Nahwärmenetzes in effizienter Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) mit intelligenter Steuerung über künstliche neuronale Netze für die Industrie- und Gewerbebetriebe in Röbbek bis zum Jahr 2025
 - Ausweitung des regenerativen KWK-Nahwärmenetzes für Firmen zu einem regenerativen KWK-Fernwärmenetz auch für das umliegende Wohngebiet bis zum Jahr 2035
 - Beteiligung am Bau kleiner Wasserkraftwerke in der Region (z.B. Wupper), unter artenschutzrechtlicher Abwägung mit intelligenter Regelung der Wasserturbine als verlässliche, dezentrale, regenerative Einspeiser elektrischer Energie zur Erhöhung der Versorgungssicherheit und Spannungsqualität auf der Verteilnetzebene und damit zur Reduzierung des Netzausbaubedarfs auf Verteilnetzebene und der Netzverluste des Gesamtnetzes
 - Kooperation mit den anderen Gemeinden des Kreises Mettmann und der Stadt Wuppertal mit dem Ziel der Erarbeitung eines Strategiepapiers bis zum Jahr 2025 und dessen Umsetzung zur regionalen Ausweitung der Energiewende bis zum Jahr 2035

Beratungsergebnis: Über diesen Antrag ist nicht explizit abgestimmt worden. Zum Teil sind die unter TOP 2.2 ff. aufgeführten Anträge bereits erledigt bzw. hat sich der Rat einstimmig für eine Verweisung an diverse vorberatende Fachausschüsse / Gremien ausgesprochen. Die Matrix "Verweisung der Anträge in die zuständigen Ausschüsse" ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

2.20 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Kommunale Mobilität

Vorlage: 329/2019

Die Tagesordnungspunkte 2.2 bis 2.33 sind zusammengefasst thematisiert worden, ohne dass über die jeweiligen Anträge detailliert beraten und explizit abgestimmt worden ist.

Der Verhandlungsverlauf ist unter Tagesordnungspunkt 2.1 aufgeführt.

Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

- Erarbeitung eines lokalspezifischen Mobilitätswendekonzepts zur Förderung des Klimaschutzes durch Reduzierung der Verbrennung von erdölbasierten Treibstoffen und durch Reduzierung von verkehrsbedingten Umwelt- und Gesundheitsschäden mit dem Ziel –
 - zur Verbreitung von E-Mobilität und Car-Sharing,
 - zur Beschleunigung des Ausbaus von E-Ladestationen,
 - zur Förderung des Ausbaus des lokalen ÖPNV und
 - zur Förderung des ökologischen Umbaus des lokalen ÖPNV (zum Beispiel mit E-Bussen)
- Schrittweise Umstellung des kommunalen Fuhrparks auf Elektrofahrzeuge
- Ausbau des kommunalen Radwegenetzes zur Förderung der Nutzung von Fahrrädern im Allgemeinen und E-Bikes im Besonderen
- Umstellung der Straßenbeleuchtung und der Verkehrsampeln der Stadt Velbert auf den Einsatz von Leuchtdioden (LED = *light-emitting diode*)
- Kooperation mit den anderen Gemeinden des Kreises Mettmann und der Stadt Wuppertal mit dem Ziel der Erarbeitung eines Strategiepapiers bis zum Jahr 2025 und dessen Umsetzung zur regionalen Ausweitung der Mobilitätswende bis zum Jahr 2035.

Beratungsergebnis: Über diesen Antrag ist nicht explizit abgestimmt worden. Zum Teil sind die unter TOP 2.2 ff. aufgeführten Anträge bereits erledigt bzw. hat sich der Rat einstimmig für eine Verweisung an diverse vorberatende Fachausschüsse / Gremien ausgesprochen.

2.21 **Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Radverkehr frei in Einbahnstraßen**

Vorlage: 323/2019

Die Tagesordnungspunkte 2.2 bis 2.33 sind zusammengefasst thematisiert worden, ohne dass über die jeweiligen Anträge detailliert beraten und explizit abgestimmt worden ist.

Der Verhandlungsverlauf ist unter Tagesordnungspunkt 2.1 aufgeführt.

Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Alle Einbahnstraßen in Velbert, mit Ausnahme der beigefügten und zu ergänzenden Liste, werden für den Radverkehr in der Gegenrichtung geöffnet.

Beratungsergebnis: Über diesen Antrag ist nicht explizit abgestimmt worden. Zum Teil sind die unter TOP 2.2 ff. aufgeführten Anträge bereits erledigt bzw. hat sich der Rat einstimmig für eine Verweisung an diverse vorberatende Fachausschüsse / Gremien ausgesprochen. Die Matrix "Verweisung der Anträge in die zuständigen Ausschüsse" ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

**2.22 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Einführung von 30km/h als Höchstgeschwindigkeit im Stadtgebiet**
Vorlage: 330/2019

Die Tagesordnungspunkte 2.2 bis 2.33 sind zusammengefasst thematisiert worden, ohne dass über die jeweiligen Anträge detailliert beraten und explizit abgestimmt worden ist.

Der Verhandlungsverlauf ist unter Tagesordnungspunkt 2.1 aufgeführt.

Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Die Stadt Velbert führt flächendeckend 30 km/h als Höchstgeschwindigkeit im Stadtgebiet (innerhalb geschlossener Ortschaften) ein.

Der Regelungsbereich umfasst die Kategoriengruppen angebaute Hauptverkehrsstraßen (HS) und Erschließungsstraßen (ES) nach der Richtlinie für integrierte Netzgestaltung (RIN).

Ausnahmen für Straßen der Kategorie HS werden durch den Rat im Einzelfall beschlossen.

Beratungsergebnis: Über diesen Antrag ist nicht explizit abgestimmt worden. Zum Teil sind die unter TOP 2.2 ff. aufgeführten Anträge bereits erledigt bzw. hat sich der Rat einstimmig für eine Verweisung an diverse vorberatende Fachausschüsse / Gremien ausgesprochen.
Die Matrix "Verweisung der Anträge in die zuständigen Ausschüsse" ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

**2.23 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Einführung von Trinkwassereinrichtungen**
Vorlage: 326/2019

Die Tagesordnungspunkte 2.2 bis 2.33 sind zusammengefasst thematisiert worden, ohne dass über die jeweiligen Anträge detailliert beraten und explizit abgestimmt worden ist.

Der Verhandlungsverlauf ist unter Tagesordnungspunkt 2.1 aufgeführt.

Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Einführung von öffentlichen, kostenlosen Trinkwassereinrichtungen in der Innenstadt

1. Die Stadt möge ein Konzept zur Errichtung und zum Betrieb von gut sichtbaren und für alle Menschen gut erreichbaren Trinkbrunnen und/oder anderen Trinkwassereinrichtungen in den Zentren der Stadtteile Velbert Mitte, Neviges und Langenberg entwickeln.
2. Die Trinkwasseranlagen sollten eindeutig erkennbar als solche gekennzeichnet sein.

Beratungsergebnis: Über diesen Antrag ist nicht explizit abgestimmt worden. Zum Teil sind die unter TOP 2.2 ff. aufgeführten Anträge bereits erledigt bzw. hat sich der Rat einstimmig für eine Verweisung an diverse vorberatende Fachausschüsse / Gremien ausgesprochen.

Die Matrix "Verweisung der Anträge in die zuständigen Ausschüsse" ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

**2.24 Antrag der Fraktion Die Linke
Hitzerobuste Baumarten in Velbert ansiedeln**
Vorlage: 335/2019

Die Tagesordnungspunkte 2.2 bis 2.33 sind zusammengefasst thematisiert worden, ohne dass über die jeweiligen Anträge detailliert beraten und explizit abgestimmt worden ist.

Der Verhandlungsverlauf ist unter Tagesordnungspunkt 2.1 aufgeführt.

Antrag der Fraktion Die Linke

Die Verwaltung – gemeinsam mit der TBV AöR – wird beauftragt, in Zukunft nur noch hitzerobuste und trockenrobuste Baumarten anzupflanzen.

Beratungsergebnis: Über diesen Antrag ist nicht explizit abgestimmt worden. Zum Teil sind die unter TOP 2.2 ff. aufgeführten Anträge bereits erledigt bzw. hat sich der Rat einstimmig für eine Verweisung an diverse vorberatende Fachausschüsse / Gremien ausgesprochen.
Die Matrix "Verweisung der Anträge in die zuständigen Ausschüsse" ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

**2.25 Antrag der Fraktion Die Linke
Hitzestaugefahr in Velbert-Mitte**
Vorlage: 336/2019

Die Tagesordnungspunkte 2.2 bis 2.33 sind zusammengefasst thematisiert worden, ohne dass über die jeweiligen Anträge detailliert beraten und explizit abgestimmt worden ist.

Der Verhandlungsverlauf ist unter Tagesordnungspunkt 2.1 aufgeführt.

Antrag der Fraktion Die Linke

Hitzestaugefahr in Velbert-Mitte: Für Kühlung sorgen

Beratungsergebnis: Über diesen Antrag ist nicht explizit abgestimmt worden. Zum Teil sind die unter TOP 2.2 ff. aufgeführten Anträge bereits erledigt bzw. hat sich der Rat einstimmig für eine Verweisung an diverse vorberatende Fachausschüsse / Gremien ausgesprochen.
Die Matrix "Verweisung der Anträge in die zuständigen Ausschüsse" ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

**2.26 Antrag der Fraktion Die Linke
Bessere Taktung im ÖPNV**
Vorlage: 337/2019

Die Tagesordnungspunkte 2.2 bis 2.33 sind zusammengefasst thematisiert worden, ohne dass über die jeweiligen Anträge detailliert beraten und explizit abgestimmt worden ist.

Der Verhandlungsverlauf ist unter Tagesordnungspunkt 2.1 aufgeführt.

Antrag der Fraktion Die Linke

Die VGV mbH wird beauftragt, mindestens eine 20-Minuten-Taktung auf starkbefahrenen Verkehrslinien einzuführen.

Beratungsergebnis: Über diesen Antrag ist nicht explizit abgestimmt worden. Zum Teil sind die unter TOP 2.2 ff. aufgeführten Anträge bereits erledigt bzw. hat sich der Rat einstimmig für eine Verweisung an diverse vorberatende Fachausschüsse / Gremien ausgesprochen.
Die Matrix "Verweisung der Anträge in die zuständigen Ausschüsse" ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

**2.27 Antrag der Fraktion Die Linke
Kostenloser ÖPNV im Velberter Stadtgebiet**
Vorlage: 342/2019

Die Tagesordnungspunkte 2.2 bis 2.33 sind zusammengefasst thematisiert worden, ohne dass über die jeweiligen Anträge detailliert beraten und explizit abgestimmt worden ist.

Der Verhandlungsverlauf ist unter Tagesordnungspunkt 2.1 aufgeführt.

Antrag der Fraktion Die Linke

Die Verwaltung wird beauftragt, ab 2020 den Velberter Bürger*innen die kostenlose Nutzung den ÖPNV's im Velberter Stadtgebiet zu ermöglichen.

Beratungsergebnis: Über diesen Antrag ist nicht explizit abgestimmt worden. Zum Teil sind die unter TOP 2.2 ff. aufgeführten Anträge bereits erledigt bzw. hat sich der Rat einstimmig für eine Verweisung an diverse vorberatende Fachausschüsse / Gremien ausgesprochen.
Die Matrix "Verweisung der Anträge in die zuständigen Ausschüsse" ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

2.28 Antrag der Fraktion Die Linke
Sorgsame Flächennutzung bei Neubebauungen
Vorlage: 338/2019

Die Tagesordnungspunkte 2.2 bis 2.33 sind zusammengefasst thematisiert worden, ohne dass über die jeweiligen Anträge detailliert beraten und explizit abgestimmt worden ist.

Der Verhandlungsverlauf ist unter Tagesordnungspunkt 2.1 aufgeführt.

Antrag der Fraktion Die Linke

Die Verwaltung wird beauftragt, zukünftig Flächen bei der Aufstellung von neuen Bebauungsplänen sorgsamer zu nutzen und die Bebauung von Mehrfamilienhäusern gegenüber Einfamilienhäusern zu priorisieren.

Beratungsergebnis: Über diesen Antrag ist nicht explizit abgestimmt worden. Zum Teil sind die unter TOP 2.2 ff. aufgeführten Anträge bereits erledigt bzw. hat sich der Rat einstimmig für eine Verweisung an diverse vorberatende Fachausschüsse / Gremien ausgesprochen.
Die Matrix "Verweisung der Anträge in die zuständigen Ausschüsse" ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

2.29 Antrag der Fraktion Die Linke
Ablehnung des neuen Regionalplanes
Vorlage: 339/2019

Die Tagesordnungspunkte 2.2 bis 2.33 sind zusammengefasst thematisiert worden, ohne dass über die jeweiligen Anträge detailliert beraten und explizit abgestimmt worden ist.

Der Verhandlungsverlauf ist unter Tagesordnungspunkt 2.1 aufgeführt.

Antrag der Fraktion Die Linke

Der Rat der Stadt stellt sich gegen den neuen Regionalplan der Bezirksregierung Düsseldorf und beauftragt die Verwaltung, sich in ihrer Stellungnahme gegen die Pläne auszusprechen.

Gleichzeitig sind die Planungen im Wuppertaler Gebiet (Am Asbruch / Rosenhügel) aufs schärfste abzulehnen.

Beratungsergebnis: Über diesen Antrag ist nicht explizit abgestimmt worden. Zum Teil sind die unter TOP 2.2 ff. aufgeführten Anträge bereits erledigt bzw. hat sich der Rat einstimmig für eine Verweisung an diverse vorberatende Fachausschüsse / Gremien ausgesprochen.

**2.30 Antrag der Fraktion Die Linke
CO2-Bilanz in Velbert: Bericht über Treibhausgasemissionen**
Vorlage: 340/2019

Die Tagesordnungspunkte 2.2 bis 2.33 sind zusammengefasst thematisiert worden, ohne dass über die jeweiligen Anträge detailliert beraten und explizit abgestimmt worden ist.

Der Verhandlungsverlauf ist unter Tagesordnungspunkt 2.1 aufgeführt.

Antrag der Fraktion Die Linke

Die Verwaltung wird beauftragt, einen CO2-Bericht über die produzierten Treibhausgasemissionen in Velbert – aufgeteilt in privater und industrieller Erzeugung – zu erstellen.

Beratungsergebnis: Über diesen Antrag ist nicht explizit abgestimmt worden. Zum Teil sind die unter TOP 2.2 ff. aufgeführten Anträge bereits erledigt bzw. hat sich der Rat einstimmig für eine Verweisung an diverse vorberatende Fachausschüsse / Gremien ausgesprochen.
Die Matrix "Verweisung der Anträge in die zuständigen Ausschüsse" ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

**2.31 Antrag der Fraktion Die Linke
Städtische Fördermittel für E-Bikes**
Vorlage: 341/2019

Die Tagesordnungspunkte 2.2 bis 2.33 sind zusammengefasst thematisiert worden, ohne dass über die jeweiligen Anträge detailliert beraten und explizit abgestimmt worden ist.

Der Verhandlungsverlauf ist unter Tagesordnungspunkt 2.1 aufgeführt.

Antrag der Fraktion Die Linke

Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen welche Fördermittel den Velberter Bürger*innen zur Anschaffung von E-Bikes angeboten werden können und demgemäß einen Fördertopf im nächsten Haushalt zu verankern.

Beratungsergebnis: Über diesen Antrag ist nicht explizit abgestimmt worden. Zum Teil sind die unter TOP 2.2 ff. aufgeführten Anträge bereits erledigt bzw. hat sich der Rat einstimmig für eine Verweisung an diverse vorberatende Fachausschüsse / Gremien ausgesprochen.

**2.32 Antrag der Fraktion Die Linke
Grünflächen in Velbert erhöhen**
Vorlage: 343/2019

Die Tagesordnungspunkte 2.2 bis 2.33 sind zusammengefasst thematisiert worden, ohne dass über die jeweiligen Anträge detailliert beraten und explizit abgestimmt worden ist.

Der Verhandlungsverlauf ist unter Tagesordnungspunkt 2.1 aufgeführt.

Antrag der Fraktion Die Linke

Die Verwaltung wird beauftragt, an geeigneten Stellen in Velbert-Mitte die Begrünung zu erhöhen, und weitere Grünfläche zu errichten.
Zudem wird die Verwaltung beauftragt, die Straßenbegrünung im gesamten Stadtgebiet im hohen Maß zu erhöhen.

Beratungsergebnis: Über diesen Antrag ist nicht explizit abgestimmt worden.
Zum Teil sind die unter TOP 2.2 ff. aufgeführten Anträge bereits erledigt bzw. hat sich der Rat einstimmig für eine Verweisung an diverse vorberatende Fachausschüsse / Gremien ausgesprochen.
Die Matrix "Verweisung der Anträge in die zuständigen Ausschüsse" ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

**2.33 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Verkehrsentwicklungsplan**

Vorlage: 357/2019

Die Tagesordnungspunkte 2.2 bis 2.33 sind zusammengefasst thematisiert worden, ohne dass über die jeweiligen Anträge detailliert beraten und explizit abgestimmt worden ist.

Der Verhandlungsverlauf ist unter Tagesordnungspunkt 2.1 aufgeführt.

Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

1. Mit dem neuen Verkehrsentwicklungsplan wird in Velbert ein flächendeckendes Radwegenetz aufgebaut.
2. In dem zurzeit in Arbeit befindlichen Verkehrsentwicklungsplanentwurf werden nur solche Varianten weiter verfolgt, die mit dem vorhandenen Straßennetz, ohne neue Versiegelung von Flächen für zusätzliche Straßen, auskommen.
3. Die Verbreiterung bestehenden Straßen wird im Zuge des Aufbaus eines Radwegenetzes hingegen gefördert.
4. Die allgemeine Datenerfassung des Ist-Zustandes und die Ausweitung des ÖPNV muss im Verkehrsentwicklungsplan Berücksichtigung finden. Das mittelfristige Ziel sollte ein Modal Split von 25% zu allen Teilen sein (Rad, ÖPNV, MIV und Fußgänger).

Beratungsergebnis: Über diesen Antrag ist nicht explizit abgestimmt worden.
Zum Teil sind die unter TOP 2.2 ff. aufgeführten Anträge bereits erledigt bzw. hat sich der Rat einstimmig für eine Verweisung an diverse vorberatende Fachausschüsse / Gremien ausgesprochen.
Die Matrix "Verweisung der Anträge in die zuständigen Ausschüsse" ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

**2.34 Antrag der SPD-Fraktion
Integriertes Energie- und Klimakonzept der Stadt Velbert**
Vorlage: 366/2019

Der Antragsteller, die SPD-Fraktion, erklärt sich damit einverstanden, diesen Tagesordnungspunkt zunächst in den kommenden Haupt- und Finanzausschuss zu schieben. Der Bürgermeister hat im Vorfeld dazu ausgeführt, dass es ein Trugschluss sei, zu glauben, dass das neue Gremium unmittelbar mit der heutigen Beschlussfassung seine Arbeit aufnehmen könnte. Die Bildung eines politischen Ausschusses würde zahlreiche organisatorische, rechtliche und finanzielle Fragen nach sich ziehen. Man verständigt sich darauf, dass die Verwaltung bis zur kommenden Sitzung des Haupt und Finanzausschusses zunächst alle Auswirkungen aufzeigen möge, die sich aus der Bildung eines neuen Ausschusses grds. ergeben würden.

Antrag der SPD- Fraktion

1. Der Rat beschließt, einen Ausschuss Umwelt, Klima und Nachhaltigkeit einzurichten.
2. Der Rat beschließt, den jetzigen Umwelt- und Planungsausschuss in Ausschuss für Planung und Mobilität umzubenennen.
3. Die Zuständigkeitskataloge sind entsprechend anzupassen.

Beratungsergebnis: Der Rat hat sich einmütig dafür ausgesprochen, dass dieser Antrag im kommenden Haupt- und Finanzausschuss (01.10.2019) zum Gegenstand der Beratung wird.

**3. Antrag der Fraktion Piraten Partei
Stromlieferverträge**
Vorlage: 290/2019

Der Bürgermeister gibt einen aktuellen Sachstandsbericht und führt aus, dass die Stromlieferverträge der Stadt Velbert auf den Bezug von Erneuerbaren Energien bereits umgestellt worden sind.

Antrag der Fraktion Piraten Partei

Es wird beantragt, dass die Stromlieferverträge der Stadt Velbert und der Tochterunternehmen der Stadt zum nächstmöglichen Zeitpunkt auf den Bezug von Erneuerbaren Energien umgestellt werden.

Beratungsergebnis: Über diesen Antrag ist nicht explizit abgestimmt worden. Dieser Antrag ist zur Vorberatung an den Verwaltungsrat TBV AöR, den Aufsichtsrat der Stadtwerke und den Haupt- und Finanzausschuss einmütig verwiesen worden.

**4. Antrag der Fraktion Piraten Partei
Aufnahme des permanenten Tagesordnungspunktes "Klimaschutz"**
Vorlage: 291/2019

Auf Nachfrage des Bürgermeisters teilt der Antragsteller, die Fraktion Piraten Partei, mit, dass auf eine Abstimmung des Antrages verzichtet bzw. der Antrag zurückgezogen werde, unter der Voraussetzung, dass der Klimaschutz ständiger Tagesordnungspunkt im Umwelt- und Planungsausschuss sein wird.

Antrag der Fraktion Piraten Partei

Die Aufnahme des permanenten Tagesordnungspunktes "Klimaschutz" für jede Sitzung des Rates wird beantragt.

Beratungsergebnis: Der Antragsteller hat auf eine Abstimmung unter der Voraussetzung verzichtet, dass der Tagesordnungspunkt "Klimaschutz" als permanenter Dauertagesordnungspunkt zum Gegenstand der Beratungen im Umwelt- und Planungsausschuss wird.

5. Neuwahlen zu den Ausschüssen

Vorlage: 374/2019

1.) Wahlausschuss:

Mit der Betonung, dass ein einheitlicher Wahlvorschlag zugrunde liegt, ergeht folgender **einstimmiger Beschluss:**

Der Vorschlag, Herrn Gerhard-Reinhold Fischer (Bündnis 90/Die Grünen) zum 2 stellv. Mitglied des Wahlausschusses zu wählen, wird angenommen.

2.) Wahlprüfungsausschuss:

Mit der Betonung, dass ein einheitlicher Wahlvorschlag zugrunde liegt, ergeht folgender **einstimmiger Beschluss:**

Der Vorschlag, Frau Anika Rottländer (Velbert anders) anstelle von Frau Gisela Kleßen zum Mitglied des Wahlprüfungsausschusses und Frau Gisela Kleßen anstelle von Frau Katharina Hoff zum stv. Mitglied des Wahlprüfungsausschusses zu wählen, wird angenommen.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

Bevor der Bürgermeister die Sitzung schließt, bedankt er sich bei allen Beteiligten für die produktive und konstruktive Zusammenarbeit.

Er begrüßt es ausdrücklich, dass sich die Fraktionen im Vorfeld der Sitzung zusammengeschlossen und einen gemeinsamen Antrag eingebracht hätten, dem letztendlich auch einstimmig zugestimmt worden sei.

Der Bürgermeister äußert die Hoffnung, dass der aktuelle Spirit noch mindestens Monate bzw. Jahre beibehalten werden kann und es gelingt, die Stadt gemeinsam nach vorne zu bringen.

Für die Richtigkeit der Niederschrift:

_gez._____
(Lukrafka)
Vorsitzender

_gez._____
(Weise)
1. stellv. Bürgermeister

_gez._____
(Welte)
Schriftführer